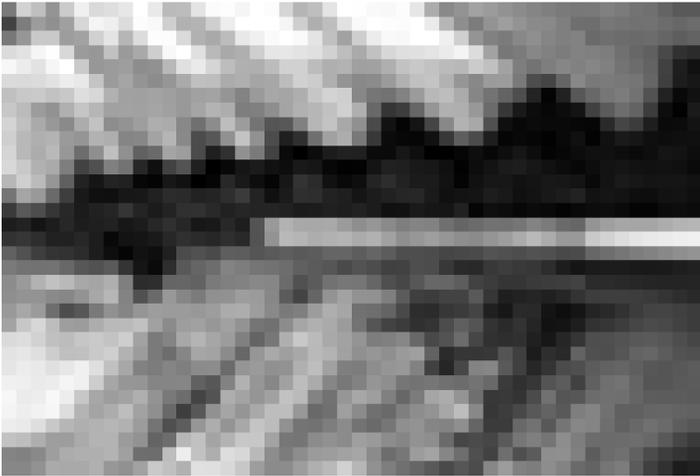


MEDIEN

Eine Kette für den Wachhund?



(Foto: Christian Mosar)

Bei der internationalen Konferenz "Die Medien in einer demokratischen Gesellschaft" in Bad Mondorf ging es vor allem um die Vereinbarkeit der Meinungsfreiheit mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten.

Zwei Jahre sind verstrichen, seit man Georgi Gongadzes Leiche in der Nähe von Kiew fand. Seine regimekritischen Artikel waren dem ukrainischen Journalisten zum Verhängnis geworden. Seine Mörder hatten den Chefredakteur der Ukrainiska Prawda enthaupet. Gongadzes gewaltsamer Tod ist bis heute nicht aufgeklärt. Seit der Unabhängigkeitserklärung des Landes im Jahr 1991 sind in der Ukraine mindestens sieben MedienvertreterInnen bei der Ausübung ihres Berufs getötet worden. Doch auch in einigen anderen der insgesamt 44 Mitgliedsländer des Europarats leben JournalistInnen gefährlich - unter anderem in Russland und der Türkei.

Immer noch erschweren in diesen Ländern des Europarats Gesetze, die der im Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtscharta verankerten Meinungsfreiheit widersprechen, die journalistische Arbeit: so zum Beispiel Beleidigungsparagrafen, Vorschriften zur territorialen Integrität und zur nationalen Sicherheit. Oft sollen die Medien damit mundtot gemacht werden.

Selbst in dem auf seine Demokratie so stolzen Westeuropa werden JournalistInnen gegängelt, geht aus einem Bericht des Europarats hervor. Unrühmlicher Spitzenreiter ist hier Griechenland mit mehreren Strafverfahren gegen JournalistInnen. Die griechische Parlamentsabgeordnete Liana Kanelli berichtete diese Woche auf der Medienkonferenz des Europarats in Bad Mondorf über die zahlreichen Schikanen, mit der sie als Herausgeberin des Magazins Nemesis zu kämpfen hat.

"Die Medien in einer demokratischen Gesellschaft - die Vereinbarkeit von Meinungsfreiheit und Schutz der Menschenrechte" war das Motto der zweitägigen

Konferenz. Die Pressefreiheit muss nach einhelliger Meinung der KonferenzteilnehmerInnen bei der Darstellung von Gewalt, Kampagnen gegen Personen oder beim Eingriff in die Privatsphäre Halt machen. Nur PolitikerInnen und andere öffentlichen WürdenträgerInnen, also Personen der Zeitgeschichte, müssten demnach ein höheres Maß an Kritik auf sich nehmen. Der deutsche Verfassungsrechtler Jochen Frowein erinnerte dabei an die "Wachhundfunktion" der Medien. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür sei die Meinungsfreiheit: Sie ist nach den Worten von Peter Schieder, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, "der Sauerstoff der Demokratie".

Wenn JournalistInnen die ethischen Spielregeln ihres Metiers verletzen, treten in den europäischen Ländern die Presseräte auf den Plan. Nur in Frankreich und Griechenland gibt es solche nicht. Doch ein Presserat kann nicht mehr als öffentlich rügen und eine Gegendarstellung verlangen. Dem luxemburgischen Presseratsvorsitzenden Joseph Lorent gehen die Mittel dieses Gremiums nicht weit genug. Er forderte einen Disziplinarrat. Doch aus dem "Wachhund" könne schnell ein "Schoßhündchen" werden, wenn JournalistInnen zum Beispiel Berufsverbot droht, entgegnete Aidan White, Generalsekretär der Internationalen Journalistenföderation (IFJ). White lehnt deshalb einen Disziplinarrat entschieden ab, ebenso Jean-Claude Wolff, der Vorsitzende des Verbands der luxemburgischen JournalistInnen. Kontrolle ja, aber dann bitte freiwillige Selbstkontrolle. Den verantwortlichen Umgang mit der Meinungs- und Pressefreiheit könnten eben nur die Journalisten und Medien selbst leisten, so White.

Koregulierung

Für diese "Autoregulation" glaubt Claude-Jean Bertrand das Werkzeug geliefert zu haben. Der emeritierte Professor der Universität Paris II redet einer so genannten Koregulierung aus staatlicher Kontrolle und der Selbstkontrolle der Medien das Wort. Aufgabe der Letzteren sei es vor allem, dem öffentlichen Interesse zu dienen - und nicht den Anzeigenkunden, den Aktionären oder der Regierung. JournalistInnen im öffentlichen Dienst? Das Mediensystem ruht nach Bertrands Worten auf drei Säulen: der Freiheit, dem Gesetz und der Ethik, "ou plus clairement - le marché, la régulation et la déontologie". Der französische Professor setzt hier Freiheit mit Markt und Regulierung mit Gesetz gleich - nicht seine einzige eigenwillige Auslegung: Bertrand möchte zudem Boulevardblätter wie die britische "Sun" aus der ethischen Verpflichtung ausklammern, was bei der Konferenz entschei-

denen Widerspruch hervorrief. Eine "vraie déontologie" solle die Pflichten der Journalisten regeln, so Bertrand. Priorität habe dabei der Nutzen für die Öffentlichkeit und die soziale Verantwortung der JournalistInnen. Als Mittel zur Selbstkontrolle schlägt er mit den so genannten Moyens d'Assurer la Responsabilité (MARS) eine Art Qualitätskontrolle vor. Qualität zahle sich letztlich aus, meint Bertrand, und kommt zu dem verblüffenden Schluss: "Les meilleurs quotidiens du monde sont prospères."

Wird Luxemburg bei der Meinungsfreiheit bald eine Vorreiterrolle spielen, wie es Außenministerin Lydie Polfer, die dem Ministerkomitee des Europarats zurzeit vorsitzt, formulierte? Bezüglich des Entwurfs zum neuen luxemburger Pressegesetz, den der für Medien zuständige Minister François Biltgen vorstellte, hatte Professor Bertrand einige Bemerkungen parat: "Un conseil de presse n'a pas à s'occuper de distribuer des cartes de presse." Zudem betonte er: "Je vois mal pourquoi les membres seraient nommés 'par voie d'arrêté grand-ducal'. Un conseil de presse n'est pas une institution étatique."

Aidan White bezeichnete das geplante Gesetz derweil als "kreativen Versuch". Dem IFJ-Generalsekretär blieb es überlassen, eine Bilanz der beiden Kongresstage zu ziehen. Diese fiel kritisch, aber insgesamt positiv aus. Zu seinem Bedauern waren dem Online-Journalismus und dem Einfluss des Internets auf den Journalismus nur sehr wenig Beachtung geschenkt worden. White gab zu bedenken, dass der Europarat dafür zu sorgen habe, dass seine Empfehlungen auch umgesetzt werden. Denn ein Land wie Italien, wo 90 Prozent der Medien unter dem Einfluss von Ministerpräsident Silvio Berlusconi stünden, erfülle wohl kaum mehr die Aufnahmekriterien für den Europarat. Von der zunehmenden Medienkonzentration gehe eine große Gefahr aus.

Nur kurz kamen bei der Konferenz die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die Meinungsfreiheit zur Sprache, und erst gar nicht die Frage: Wie wird mit dem "Sauerstoff der Demokratie" im Kriegs- und Konfliktfall gehaushaltet? Die Frage, ob heute die Freiheit der Medien in Europa bedroht sei, beantwortete White mit "nein".

In der Ukraine hat derweil der Fall von Georgi Gongadze, dessen Witwe bei der Tagung eingeladen war, zu eigentümlichen Konsequenzen geführt: Den JournalistInnen ist es dort laut einer Verfügung des ukrainischen Innenministeriums erlaubt, sich bei Recherchen mit einer Neun-Millimeter-Gummigeschoss pistole zu bewaffnen. Knarre statt Laptop - und das in einem Land des Europarats.

Stefan Kunzmann

kommentar

Alle Jahre wieder

Die Rentrée des classes ist vorbei, verändert hat sich in der Schulpolitik fast gar nichts.

Es ist wieder so weit, die Schule hat begonnen. Ministerin wie Gewerkschaften ziehen Bilanz: Was ist bis jetzt bildungspolitisch geschehen, und wie soll es im neuen Schuljahr weitergehen? Aber hatten wir das alles nicht schon letztes Jahr und vorletztes und ...? Die Aussagen der Ministerin haben sich weder geändert, noch sind sie tiefgründiger geworden. Die durchgeführten oder geplanten Reformen sind, wie bei ihrer Vorgängerin, oft ein Tropfen auf dem heißen Stein. So hat die Reform des cycle supérieur im klassischen Sekundarunterricht nichts an der verstaubten Art geändert, wie bei uns Schule abläuft (Stichwort: Frontalunterricht). Die Kritik und die Forderungen der Gewerkschaften sind denn auch die gleichen wie eh und je: mehr qualifiziertes Personal, eine ernsthafte Reform der Ausbildung im Primärbereich, neue Lerninhalte und -methoden im Sekundarunterricht, mehr Mitbestimmung, um nur einige zu nennen. Neu ist dieses Jahr, dass die PISA-Studie den KritikerInnen der Schule Recht gibt und zeigt, wie ernst die Lage wirklich ist. Eine Bildungsoffensive muss in der Tat her. Und da bedarf es wesentlich mehr als eines relativ kleinen Teams von Beamten, die im Ministerium ihr Bestes geben unter der Verantwortung einer Ministerin, die auch nach drei Jahren Amtszeit noch keine Zukunftsvision hat. Genau das ist nämlich das Problem: Es fehlt an einem Gesamtkonzept. Wahrscheinlich auch am nötigen politischen Willen, tiefgreifende Reformen anzugehen. Sogar die elementarsten Schritte sind nach Jahren der allgemeinen Unzufriedenheit über unser Schulsystem noch nicht gemacht. Erforderlich wäre eine konsequente Bestandsaufnahme und Analyse der Probleme, gefolgt von einem Aktionsplan, wie und bis wann einzelne Maßnahmen der Bildungsmisere Abhilfe schaffen könnten. Die skandinavischen Länder zeigen Wege, wie Schule etwa die sozialen Unterschiede im Gegensatz zu Luxemburg nicht verschärft: Gesamtschule, Ganztagschule, Selbst- und Mitbestimmung sowohl der SchülerInnen als auch des Lehrpersonals sind in diesem Zusammenhang Richtungen, in die auch in Luxemburg verstärkt gedacht werden müsste. Die geplante Reorganisation der Sekundarschulen, bei der von konkreter Mitbestimmung für das Personal keine Rede ist, zeigt, dass das hierzulande Wunschdenken bleibt.

Chantal Serres ist Vorstandsmitglied der LehrerInnen-gewerkschaft SEW /OGB-L.

Après-Wahl in Deutschland

Nach der Wahl gehts rund in der deutschen Parteienlandschaft. Vor allem bei den "Kleinen" werden die Karten neu gemischt. Wir berichten über das Rangeln um die interne Macht bei FDP, Grünen und PDS.

Ihr Hausarzt ist weiblich? Achtung!

Dass ein Fax zu spät kommt, um noch in der aktuellen Nummer verarbeitet werden zu können, kommt öfter vor. Das Fax, was uns diesen Donnerstag kurz vor Toresschluss erreichte, möchten wir den woxx-LeserInnen jedoch nicht vorenthalten.

Die Regierung sorgt sich um das Wohl ihrer BürgerInnen. Ja, damit diese sich nicht mit Grippe plagen müssen, empfiehlt die zuständige Abteilung des Gesundheitsministeriums kurzerhand die Gripeschutzimpfung für besondere Risikogruppen. Aus "sozial-wirtschaftlichen Gründen" sollten überdies - neben Ärzten, Angestellten in Heimen und Altersheimen sowie Krankenpflegerinnen, die Personengruppe Busfahrer, Lehrer usw. geimpft werden. Die interessanteste Message steckt jedoch mal wieder im Detail: Man (und frau) achte doch mal auf die geschlechtsspezifischen Berufsbezeichnungen ...

woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespon - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoons • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespon asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79



Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoons • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespon asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79